

NIEDERSCHRIFT

über die 14. Sitzung (Sondersitzung) des Ausschusses f. Umwelt, Landschaftspflege und Energie

vom:	08.02.2001
von:	17.15 Uhr
bis:	19.10 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie:

Stv Strunk, Christine - als Vorsitzende -
AM Bäbler, Walter - bis 19.00 Uhr -
Stv Daus, Anny - bis 19.00 Uhr -
AM Dehmel, Michael
Stv Fries, Traute
AM Kessler, Silvia
Stv Müller, Manfred
Stv Schiemer, Hansgeorg
AM Schlabach, Alfred - für AM Hecker, Heribert bis 19.00 Uhr -
Stv Sonntag, Hartmut - für Stv Gierlich, Michael -
Stv Steuber, Burkhard
AM Vetter, Wolfgang - für AM Watermeier, Franz -
AM Dr. Volz, Peter

II. Beratende Mitglieder:

AM Banken, Ulrich
AM Hoffmann, Günther - für AM Brandl, Willi -
AM Panthöfer, Martin
AM Rinder, Gustav

III. Als Zuhörer:

AM Boldt, Axel

IV. Von der Verwaltung:

StBR Brune
Dipl.-Ing. Krüger - ESi -
Dipl.-Ing. Rohr
Dipl.-Ing. Diehl

Stdt. OVR Dr. Kraft
StOI Kreutz - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

Stv Gierlich, Michael
AM Hecker, Heribert
AM Watermeier, Franz

Die Vertreter der Industrie- und Handelskammer fehlten entschuldigt.

Zur Tagesordnung:

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um den Punkt 1.1 erweitert. Zu TOP 2 unterbreitet die Verwaltung die Vorlage 935/01 A.

Zudem wird ein nichtöffentlicher Teil ergänzt.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (FDP)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Panthöfer bestimmt.

14. AfULE 08.02.2001

1.1 Geruchsbelästigungen im Ev. Kindergarten Bleichweg

Anfrage der SPD-Fraktion vom 01.02.2001

Die von Herrn Dr. Kraft vorgetragene Antwort ist der Niederschrift als Anlage beige-fügt.

Herr Müller stellt die Ergänzungsfrage, ob die zuletzt erfolgte Untersuchung im Be-richt der Verwaltung berücksichtigt sei.

Herr Dr. Kraft entgegnet, nach Auskunft des Trägers hätten die zunächst vorgenom-men-en Untersuchungen keine Schadstoffbelastungen ergeben. Aufgrund der letzten Prüfung müsse jedoch davon ausgegangen werden, dass PAK-haltiger Bodenkleber verwendet worden sei. Im Rahmen der Gebäudesanierung werde er jedoch vollstän-dig entsorgt.

14. AfULE 08.02.2001

2. Bebauungsplan Nr. 247 „Giersberg-Ost“ in Siegen-Bürbach; hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Abwägung der Bürgerbeteiligung und Beteiligung TÖB
- Beschluss des Bebauungsplanentwurfes Nr. 247 „Giersberg-Ost“ mit Begründung und dessen öffentliche Auslegung

Vorlagenr. 935/01 - Vorlage vom 04.01.2001

und

Vorlagenr. 935/01 A - Vorlage vom 02.02.2001

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit dem Bezirksausschuss III - Siegen-Ost -.

Die Herrn Schulze und Dr. Volz bringen Bedenken hinsichtlich der vorgesehenen Entwässerung des Plangebietes vor. Herr Schulze befürchtet, dass die vorhande-nen Entwässerungseinrichtungen in Bürbach nicht ausreichend dimensioniert seien, um zusätzliche Wassermengen aufnehmen zu können. Für Herrn Dr. Volz ist eine Versickerung des Niederschlagswassers problematisch.

Der Naturschutzbund bewerte den ökologischen Ausgleich für die Maßnahme als unzureichend, so Herr Rinder. Das Vorhandensein von Magerwiesen werde bei öko-logischen Betrachtungen nicht beachtet, obwohl diese Biotope schützenswert seien. Zudem sei zu beanstanden, dass der Siefen durch Straßen und Randbebauung in seiner Funktion als Quellbereich beeinträchtigt werde. Auch die Kreuzung der Aue des Bürbachs durch einen Abwasserkanal sei ein störender Eingriff. Der Bebau-ungsplan richte daher unter landschaftsökologischen Gesichtspunkten großen Schaden an und sei somit abzulehnen.

Herr Boldt wirft die Frage auf, inwieweit durch eine Bebauung des östlichen Giers-berges das lokale Klima im Bereich Bürbach beeinträchtigt werden könnte.

Der Sammler in Bürbach habe lediglich zusätzliches Schmutzwasser aufzunehmen, erläutert Herr Krüger. Dies sei bei seiner Dimenionierung auch eingeplant worden. Da das Bauwerk aber nicht einwandfrei funktioniere, sei seine Sanierung und Ab-änderung vorgesehen, unabhängig von der Ausweisung des Bebauungsplange-bietes.

Im Übrigen sei beabsichtigt, die Entwässerung in Form eines Trennsystems (d. h. getrennte Ableitung von Schmutz- und Niederschlagswasser) vorzunehmen. Das Niederschlagswasser werde dabei einer Versickerung über Rigolen, die sich in jedem Straßenzug befänden, zugeführt. Ein in Auftrag gegebenes hydro-geologi-sches Gutachten habe gezeigt, dass dies aufgrund der Bodenbeschaffenheit mög-lich sei.

Eine weitere Kreuzung des Tales mit einem Kanal sei nicht erforderlich, da man an eine bestehende Leitung anschließen werde.

Frau Rohr führt aus, der Naturschutzbund sei als Träger öffentlicher Belange am Verfahren beteiligt worden. In seiner Stellungnahme sei er jedoch nicht auf die Magerwiesen eingegangen. Gleichwohl habe die Verwaltung die Problematik bei Ausgleichsmaßnahmen berücksichtigt.

Bezüglich der örtlichen Klimasituation sei festzustellen, dass ein Kaltluftabzug in den Bürbacher Ortskern durch die nunmehr erfolgte Reglementierung der Bebauung (geringe Geschosshöhen und Vermeidung von baulichen Querriegeln) gewährleistet bleibe.

Herr Schiemer begrüßt das Projekt grundsätzlich. Er beantragt namens der CDU-Fraktion, dass die vorgenommenen Veränderungen am Bebauungsplanentwurf, um den Anforderungen an die örtlichen Klimaverhältnisse gerecht zu werden, ausführ-lich in der Vorlage dargestellt werden. Zudem regt er an, darzulegen, ob außerhalb des Plangebietes ein weiterer Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft ge-schaffen werden könnte.

Frau Strunk beanstandet, dass das Verfahren entgegen den im Wohnbauflächen-konzept formulierten Erfordernissen unter einen enormen Zeitdruck betrieben wer-de. Weiterhin seien die Beratungsunterlagen speziell für den Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie nicht ausreichend. So sei ein klimatologisches Gut-achten erst auf Anforderung zugänglich gemacht worden.

Es sei festzustellen, dass das zu erschließende Baugebiet aufgrund zu erwartender hoher Grundstückspreise für kinderreiche Familien nicht attraktiv sein und damit der Bedarfslage nicht entsprechen werde. Andere Flächen im Stadtgebiet seien in die-ser sowie in ökologischer Hinsicht besser geeignet.

Vor dem Hintergrund eines durch das Baugebiet bedingten Bevölkerungszuwachses im Stadtteil Bürbach sei die soziale Infrastrukturentwicklung bedeutsam. In diesem Zusammenhang sei die Erstellung einer Stadtteilkonzeptplanung unverzichtbar.

In der Abwägung sollte zudem die heutige Funktion des Plangebietes als Naherho-lungsgebiet Berücksichtigung finden. Zu beanstanden seien ferner, dass kein Eingriffsausgleich zu 100% erfolge und mit einer Verschlechterung der Luftqualität in Bürbach gerechnet werden müsse. Die Vorlage werde daher von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN abgelehnt.

Unter Projektion der Ergebnisse der im übrigen Stadtgebiet vorgenommenen Luftgü-teuntersuchungen auf den Stadtteil Bürbach könne davon ausgegangen werden, dass sich die Luftqualität in diesem Stadtteil auch nach einer Bebauung des Ost-hanges des Giersberges nicht im Belastungsgrenzbereich bewegen werde, so Herr Dr. Kraft.

Dem Antrag zur Geschäftsordnung von Herrn Sonntag auf Schluss der Aussprache schließt sich der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie mehrheitlich an. Der Bezirksausschuss III - Siegen-Ost - lehnt ihn mehrheitlich ab.

Herr Dr. Volz bringt vor, eine Erweiterung der Bebauung im Bereich des Turnhallenweges werde sich schwierig gestalten, da sie nur unter der Voraussetzung, dass die Straße ausgebaut werde, erfolgen könne. Ein Ausbau werde aber auf den Widerstand der Anlieger stoßen.

Frau Rohr erwidert, entsprechende Einwendungen würden in die Abwägung einbezogen und den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

Herr Brune weist darauf hin, dass im Beschlussvorschlag eine redaktionelle Änderung erfolgen müsse. So sei der Punkt 1.1 als neuer Punkt 1.3 sowie die bisherigen Punkte 1.2 und 1.3 als neue Punkte 1.1 und 1.2 aufzuführen.

Beschlussvorschlag (mit Ergänzung auf Antrag der CDU-Fraktion):

- 1.1 Über die von den Bürgern und den Trägern öffentlicher Belange (TÖB) während der öffentlichen Auslegung (Bürgerbeteiligung) vom 04.09.1995 bis 04.10.1995 vorgebrachten Bedenken und Anregungen und den sonstigen Stellungnahmen wird wie folgt beschlossen:
 - 1.1.1 Die Anregungen der Ev. Kirche von Westfalen zur Geschossigkeit der Gebäude werden berücksichtigt; die zum Ausbau der Straße "Im Wiesengarten" werden nicht berücksichtigt.
 - 1.1.2 Die Anregungen des Forstamtes bezüglich des Holzabfuhrweges werden berücksichtigt.
 - 1.1.3 Die Anregungen des LSBA Siegen sind überholt (siehe Stellungnahme WSBA).
 - 1.1.4 Die Bedenken der Anliegerin (Am Mühlenseifen 40) zum ökologischen Gutachten werden zurückgewiesen. Die Anregung zum Bau eines Kreisels wird berücksichtigt.
 - 1.1.5 Die Anregungen des Anliegers Turnhallenweg 10 zum Turnhallenweg werden nicht berücksichtigt.
 - 1.1.6 Die Bedenken und Anregungen des Naturschutzbundes Deutschland zu den preiswerten Mietwohnungen für Familien mit Kindern, zu den Obstwiesen und zur Versiegelung durch Bebauung werden nicht berücksichtigt.
 - 1.1.7 Die Bedenken des Anliegers Azaleenweg 9 zur Festsetzung des Grundstücks werden berücksichtigt und die Anregung zur Erweiterung der Ausgleichsflächen wird nicht berücksichtigt.
 - 1.1.8 Die Bedenken und Anregungen der Anliegerin Jung-Stilling-Straße 5 werden berücksichtigt.
 - 1.1.9 Die Bedenken des Anliegers Lützwowstraße 8 zur Grundstücksfrage werden nicht berücksichtigt.
 - 1.1.10 Die Bedenken und Anregungen des Anliegers Flurstück 247, Flur 5, werden nicht berücksichtigt.
 - 1.1.11 Die Bedenken der Anlieger Siegstraße 65 und Obere Rolandstraße 9 zur Grundstücksfrage werden zurückgewiesen.
- 1.2 Über die von den Trägern öffentlicher Belange (TÖB) in der Zeit vom 17.10.2000 bis 28.11.2000 für den Bereich der Bauleitplanung hinsichtlich der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung angegebenen bedeutsamen Planungen und sonstigen Maßnahmen wird wie folgt beschlossen:
 - 1.2.1 Dem Hinweis des Kreises Siegen-Wittgenstein hinsichtlich der Bewertung des Fichten-Forstes wird gefolgt.

Dem Hinweis zur Verwendung der Umwandlung des Fichten-Forstes wird nicht gefolgt.

1.2.2 Den Bedenken der Landwirtschaftskammer wird nicht gefolgt.

1.2.3 Die Anregung des Staatlichen Umweltamtes auf Sicherstellung von evtl. benötigten Flächen für Versickerung wird berücksichtigt.

1.3 Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß § 3 (2) BauGB den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 247 "Giersberg-Ost" im Stadtteil Siegen-Bürbach und seine öffentliche Auslegung mit Begründung, wobei die vorgenommenen Veränderungen am Bebauungsplanentwurf, um den Anforderungen an die örtlichen Klimaverhältnisse gerecht zu werden, ausführlich darzustellen sind.

Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 1 dagegen (BÜNDNIS 90 /
DIE GRÜNEN), 1 Enthaltung (SPD)

14. AfULE 08.02.2001